



Aus dem Maximilianeum

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Sommerpause hat der Landtag wieder richtig Fahrt aufgenommen – und gleich in der ersten Plenarsitzung standen wichtige und zukunftsweisende Themen für unseren Freistaat auf der Tagesordnung. Besonders am Herzen lag mir dabei unser Dringlichkeitsantrag zur besseren und schnelleren Reaktion auf Drohnensichtungen – ein Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnt. Auch der erste Zwischenbericht der Enquete-Kommission Bürokratieabbau, in der ich mich als stellvertretendes Mitglied einbringe, zeigt: Wir kommen Schritt für Schritt voran, um Verwaltung einfacher und effizienter zu machen.

Ein Highlight in unserem Landkreis wird der Besuch von Staatsminister Albert Füracker am 19. Oktober 2025 in Großwallstadt. Eine großartige Gelegenheit für Sie den Minister persönlich zu treffen und aktuelle Themen aus erster Hand zu erfahren (alle Details finden Sie im entsprechenden Artikel in diesem Newsletter).

Darüber hinaus gab es weitere Highlights: die Verleihung des Bayerischen Sportpreises in München – eine Würdigung für unsere Sportlerinnen und Sportler – und erfreuliche Neuigkeiten im Bereich Denkmalschutz, die zeigen: Bürokratieabbau kann ganz konkret funktionieren!

Im Newsletter erfahren Sie, welche Themen in der vergangenen Woche besonders im Fokus standen – viel Freude beim Lesen!

Ihr

Martin Stock

Herzliche Einladung!

Staatsminister
ALBERT FÜRACKER
KOMMT
nach
GROßWALLSTADT
ZUM POLITISCHEN NACHMITTAG

19.10.2025 14:30 UHR / **VOLKSHALLE OBERNBURGER STR. 7**

Der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, MdL kommt zu uns in den Landkreis! Nutzen Sie die Gelegenheit, den Minister persönlich zu treffen und aus erster Hand Informationen zu wichtigen Themen zu erhalten. Seien Sie dabei – ich freue mich auf Ihre Teilnahme!

Letzte Woche im Plenum



Foto: Abgeordnetenbüro

Dringlichkeitsantrag zur konsequenten Drohnenabwehr

„Bayerns Luftraum durch konsequente Drohnenabwehr schützen“ – unter diesem Titel habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landtagsfraktion einen Dringlichkeitsantrag in den Bayerischen Landtag eingebracht. Immer häufiger tauchen unbemannte Fluggeräte auch über sensiblen Bereichen auf – nicht immer nur zu harmlosen Zwecken. Drohnen können heute leider auch für Spionage, Sabotage oder sogar Angriffe missbraucht werden. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Freistaat mit dem in letzter Woche vorgestellten Gesetz schnell und entschlossen reagiert. Unser Ziel ist klar: Wir wollen den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Sicherheitskräfte und unserer kritischen Infrastruktur stärken. Dafür braucht es klare rechtliche Grundlagen, damit die Polizei bei Drohnensichtungen rechtssicher und wirksam handeln kann. Erstmals erhält die Polizei die Möglichkeit, nicht nur Drohnen aufzuspüren und zu stören, sondern sie bei konkreter Bedrohung schnell und rechtssicher unschädlich zu machen



Foto: Abgeordnetenbüro

Zwischenbericht der Enquete-Kommission Bürokratieabbau

Im Juli 2024 haben wir von der CSU-Landtagsfraktion die Enquete-Kommission „Bürokratieabbau“ auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist klar: Verwaltungsprozesse auf den Prüfstand stellen, gesetzliche Vorgaben vereinfachen und Strukturen so verbessern, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und das Ehrenamt spürbar entlastet werden.

Als stellvertretendes Mitglied der Kommission ist mir besonders wichtig, dass die Erfahrungen und Rückmeldungen aus meinem Stimmkreis direkt in die Arbeit einfließen. Viele Anregungen aus Gesprächen mit Handwerksbetrieben, Kommunen oder Vereinen zeigen deutlich: Bürokratieabbau ist keine abstrakte Theorie, sondern eine ganz konkrete Alltagsfrage, die uns alle betrifft.

Letzte Woche hat die Kommission ihren ersten Zwischenbericht im Plenum vorgestellt – ein wichtiger Meilenstein nach einem Jahr intensiver Arbeit. Insgesamt wurden 82 Handlungsempfehlungen in fünf Themenfeldern erarbeitet. Dabei geht es unter anderem um digitale Verfahren, schnellere Genehmigungen und mehr Eigenverantwortung in Verwaltung und Ehrenamt.

Klar ist für mich: Jetzt müssen den Empfehlungen auch konkrete Gesetzesinitiativen folgen. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Menschen, weniger Misstrauen durch Formulare – und vor allem mehr Mut, Dinge wirklich zu vereinfachen. Nur so machen wir Bayern einfacher, digitaler und zukunftsfähiger.

Zukunft sichern: Zusammenarbeit für starke Jobs



Foto: CSU-Fraktion

Letzte Woche war Bayerns DGB-Vorsitzender Bernhard Stiedl zu Gast in unserer Fraktionssitzung. Im gemeinsamen Austausch haben wir intensiv über aktuelle arbeits- und sozialpolitische Themen gesprochen. Mir ist besonders wichtig, dass wir den Wandel in der Wirtschaft so gestalten, dass er für die Menschen vor Ort spürbar Vorteile bringt. Gute Arbeit, stabile Jobs und Perspektiven für junge Leute sollen auch in Zukunft in allen Regionen Bayerns möglich sein – nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern insbesondere auch im ländlichen Raum. Dabei kommt es auf das Zusammenspiel von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften an. Nur gemeinsam können wir Bayern stark, innovativ und wirtschaftlich erfolgreich halten.

"Es lebe der Sport!" Der Bayerische Sportpreis

Am Samstag Abend durfte ich einer ganz besonderen Veranstaltung beiwohnen: Der Verleihung des Bayerischen Sportpreises. In der Münchner BMW Welt wurde unter anderem Karl Rummenigge von unserem Ministerpräsidenten Markus Söder persönlich ausgezeichnet. Außerdem waren natürlich auch andere beeindruckende Persönlichkeiten aus dem Sport dabei: Paul Breitner, Regina Halmich und auch Josia Topf. Wir können sehr stolz auf Bayern und seine Sportler sein. Vor allem 300.000 Ehrenamtlichen in unseren 11.500 Vereinen.



Foto: Martin Stock hier mit Paul Breitner

Das neue Bayerische Denkmalschutzgesetz: Mehr Vertrauen, weniger Vorschriften, schnellere Verfahren



Foto: EHRE-Haus Eschau (Quelle: privat)

In Bayern soll der Denkmalschutz künftig einfacher und weniger bürokratisch werden. Wer sich um sein Denkmal kümmert, soll sich in Zukunft weniger Hürden gegenübersehen. Mit der Novelle des Denkmalschutzgesetzes, die wir von der CSU-Fraktion im Landtag angestoßen und gemeinsam mit den wichtigsten Vertretern des Denkmalschutzes in Bayern ausgehandelt haben, wollen wir unser bayerisches Kulturerbe noch besser schützen – und zwar ohne unnötigen Verwaltungsaufwand. Erlaubnisfrei sind künftig zum Beispiel Küchen- und Baderneuerungen, sofern die historische Ausstattung erhalten bleibt und der Grundriss unverändert bleibt, vorübergehende Veränderungen, die nicht länger als drei Monate dauern, sowie die Beseitigung von Antennen, Satellitenschüsseln oder Solaranlagen.

Die Novelle bringt ein ganzes Paket von Erleichterungen: Bislang musste jede Veränderung an einem Denkmal von den Behörden einzeln genehmigt werden – künftig entfallen zahlreiche Erlaubnisverfahren komplett. Besonders unwesentliche oder temporäre Veränderungen sind nun erlaubnisfrei. Bei Einzelbaudenkmälern ohne Denkmalwerte im Inneren des Gebäudes wird die Erlaubnispflicht auf Maßnahmen beschränkt, die das äußere Erscheinungsbild betreffen.

Auch die Behörden werden dadurch entlastet – wir setzen den Bürokratieabbau in Bayern wirklich um.

„HELPER-Studie“: Hebammen im Fokus



Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Familien und unsere Gesellschaft – deshalb setze ich mich dafür ein, ihre berufliche Situation bestmöglich zu unterstützen. Letzte Woche wurden im Arbeitskreis für Gesundheit, Pflege und Prävention die Ergebnisse der „HELPER-Studie“ vorgestellt. Sie untersucht die Arbeitsbedingungen von Hebammen sowie von Heilmittelerbringerinnen und Heilmittelerbringern in Bayern – darunter Logopäden, Ergo- und Physiotherapeuten, Podologen und Ernährungstherapeuten. Die Studie hat viele interessante, teils überraschende Daten geliefert und uns als Gestalter in der Politik auch Handlungsempfehlungen mitgegeben. Mir ist besonders wichtig, dass bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen die Anliegen direkt aus der Praxis Gehör finden. Deshalb stehe ich im Austausch mit dem Arbeitskreis, um die Anregungen aus meinen Gesprächen mit Hebammen in meiner Bürgersprechstunde einzubringen. Viele berichteten von ihren Herausforderungen im Berufsalltag – diese Rückmeldungen fließen direkt in die politische Diskussion ein und helfen, konkrete Maßnahmen zu entwickeln, die den Alltag der Hebammen und Heilmittelerbringer spürbar erleichtern.